

1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Weiterhin lässt die Regierungskoalition keine Positionsveränderung erkennen. Während die CDU/CSU bei der Tabakwerbung gespalten bleibt, ist die SPD für ein umfassendes Verbot. Jedoch binden derzeit innerparteiliche (z.B. SPD-Wahlkampf 2017) und zeitpolitische Themen (z.B. innere Sicherheit, transatlantische Politik) Aufmerksamkeit und Ressourcen. Dies erhöht das Risiko einer Verschiebung bzw. einer Regelung „unterhalb des Radars“.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke, FDP)	Während die Position von Die Linke und Grünen unverändert bleibt, zeigt sich die FDP aufgeschlossen , sich für die Belange der E-Zigarette einzusetzen. Die Liberalen können sich aktuell auf Landesebene als Impulsgeber profilieren.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Bundesländer wenden sich gegen die Vertriebspraktiken der Tabakbranche (Produktkarten). Im Rahmen dieser Auseinandersetzung nimmt das Risiko zu, dass BMEL und Länder sich für striktere Regelungen einsetzen, die im Worst Case auch die E-Zigarette treffen können.	
Verwaltung	Das BMEL trägt die Kritik der Bundesländer an der Tabakbranche bzgl. Produktkarten mit. Eine Novellierung der TabakerzV wäre für das Ministerium eine Gelegenheit, Handlungsfähigkeit zu beweisen und die Verzögerung beim Werbeverbot zu kompensieren – und in diesem Zug potenziell auch zuungunsten der E-Zigarette.	
Fachcommunity	In der Fachcommunity halten sich Nachrichten zugunsten und gegen die E-Zigarette die Waage. Die uneinheitliche Bewertung begünstigt Skeptiker in Politik wie Fachwelt und verunsichert weiterhin die Verbraucher.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 25.01.2017, 19.01.2017

Meldung: Im Januar fanden Gespräche zwischen dem BfTG und deutschen Europaabgeordneten statt. Die Gesprächspartner standen den Anliegen der E-Zigarette offen gegenüber. Zudem war zu beobachten, dass die Europapolitiker objektiver über die E-Zigarette informiert sind als Stakeholder in Deutschland. Die Gesprächspartner gaben an, dass in der Frage der E-Zigarettenbesteuerung die Initiative bei der EU-Kommission liege.

Zudem gab es ein Gespräch mit der Gesundheitspolitikerin Susanne Schneider (MdL, FDP) aus NRW. Frau Schneider steht weiteren Maßnahmen der FDP auf Bundesebene positiv gegenüber. Sie beanstandet, wie die E-Zigarettenbranche, die wachsende Überregulierung. Die FDP Bayern hat sich um Vorfeld für das Gespräch beim FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, der das Treffen vermittelte, stark gemacht und gilt ebenfalls als Unterstützer der E-Zigarette.

Einordnung/Empfehlung: Beide Gespräche erhöhen die Sichtbarkeit des BfTG auf der politischen Ebene. Die Bereitschaft der FDP sich weiter mit den Belangen der E-Zigarette zu befassen ist ein erster Schritt zur weiteren Wahrnehmung der Brancheninteressen auf Landes- und Bundesebene. NRW ist als größter FDP-Verband von Bedeutung. Ihre Wirkkraft ist aber abhängig von diesjährigen Landtags- und Bundestagswahlen. Es wird empfohlen, die im EU-Parlament aufgenommenen Kontakte zu einem Netzwerk auszubauen und die Abgeordneten bei Bedarf über Neuerungen zu informieren. Ferner wird empfohlen MdL Schneider im Bedarfsfall mit Informationen/Argumenten zur E-Zigarette in Deutschland und NRW zu unterstützen. Ein kurzes Dankeschreiben, was die Gesprächsinhalte (aus Sicht des BfTG) einordnet, wird ebenfalls empfohlen. Daneben wird die weitere Kooperation mit der FDP Bayern empfohlen, die weitere Impulse setzen könnte.

Quelle: Hintergrundgespräche

Datum: 24.01.2017, 23.01.2017

Meldung: Die Auseinandersetzung um verdeckte Bildwarnhinweise im Tabakhandel spitzt sich zu (siehe Report 37, 35). Die zuständigen Landesministerien haben sich auf eine Position geeinigt: Sowohl im stationären Handel wie bei Zigarettenautomaten sollen die Bildwarnhinweise vor dem Kauf sichtbar sein. So denkt auch das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL). DZV und BTWE sehen bislang in der Praxis der sog. „Produktkarten“ bzw. bei den Automaten keinerlei Problem, da der Warnhinweis auf der Packung unberührt bleibe. Ihnen zufolge regeln weder TPD2 noch die nationalen Umsetzungsvorschriften den von den Bundesländern attestierten Sachverhalt. Die Bundesländer sollen nun das BMEL gebeten haben, den [§11 Abs.1 Nr.4 TabakerzV](#) klarer zu fassen.

Einordnung/Empfehlung: Die Zigarettenautomaten sind ein relevanter Verkaufskanal für die Tabakbranche. Eine Einschränkung dieser Absatzmöglichkeit durch Mehrkosten (Umbauten) bzw. ein Verbot, würde den Wettbewerb – auch zu anderen Produkten – befeuern. Zudem ist die Novellierung der TabakerzV eine Gelegenheit für das BMEL diese und weitere Änderungen – im Worst Case auch zuungunsten der E-Zigarette – vorzunehmen. Da sich das BMEL bislang beim Tabakwerbeverbot nicht durchsetzen konnte, wäre dies eine gewisse Kompensation und Gelegenheit zum Beweis der eigenen Handlungsfähigkeit. Es wird empfohlen, die Entwicklung zu beobachten und bei Bedarf frühzeitig eigene Interessen zu kommunizieren. Siehe auch Abschnitt 2.3.

Quellen: zigarettenverband.de, spiegel.de

Datum: 16.01.2017, 13.01.2017

Meldung: 2016 wurden hierzulande rund 75 Mrd. Zigaretten versteuert – ein Rückgang um fast 8% (6,3 Mrd. Stück) im Vergleich zu 2015. Auch die Menge des versteuerten Feinschnitttabaks – der preisgünstigen Variante des Tabakkonsums – fiel um gut ein Prozent auf rund 25.000 Tonnen. E-Zigaretten legen im Absatz um 50% zu. Allerdings fallen auf die neu-

en Produktgruppen bislang keine oder – im Fall von Heated Tobacco – geringere Tabaksteuern an, so Medien. Laut Reemtsma-Lobbychef Christian Cordes sei der Rückgang bedingt durch Sondereffekte, wie z.B. massiver Vorproduktion 2015 für 2016, nicht so groß ausgefallen. Die Branche schätzt das Absinken auf 5%. Währenddessen bleibt der Absatz bei Zigarren und Zigarillos stabil.

Einordnung/Empfehlung:

Die Tabakindustrie hat die Produktion vor der Umsetzung von TPD2 erhöht, um noch Packungen ohne Bildwarnhinweise in den Handel bringen zu können. Da die Tabakbesteuerung direkt bei der Produktion anfällt, ergibt sich daraus in Kombination mit dem allgemeinen Trend zum weniger Rauchen ein Gesamtergebnis von 8% Rückgang. Die Zahlen unterstützen die These, dass es in der Tabakbranche weiter zu einem stärkeren Verdrängungswettbewerb kommen wird und die Konzerne mehr in alternative Märkte stoßen werden. Damit wird sich auch der Druck auf die E-Zigarettenbranche erhöhen.

Weiterer Druck kann durch eine neue Tabaksteuer entstehen: Der Bund hat die Tabaksteuer 2 Jahre in Folge nicht erhöht. Die Tabakindustrie befürchtet nun, dass eine neue Bundesregierung nach der Bundestagswahl im kommenden Herbst einen Steueraufschlag auf Zigaretten beschließen könnte – um den Einnahmerückgang zumindest vorübergehend zu stoppen. Für die Raucher könnte sich die Zigarettenpackung dann um 50 Cent oder mehr verteuern.

Quelle: welt.de, presseportal.de, welt.de, destatis.de

2.2. Bundestag

Datum: 19.01.2017

Meldung: Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, Cannabis in medizinischer Form an schwerstkranke Patienten auf Rezept abgeben zu können. In Deutschland soll künftig ein staatlich überwachter Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken erfolgen können.

Einordnung/Empfehlung: Die Opposition sieht darin einen überfälligen Schritt. Mit der Liberalisierung geht keine allgemeine Legalisierung einher. Eine allgemeine Freigabe bleibt in der CDU/CSU weiter umstritten. In Bezug auf Stakeholdergespräche: Die Maßnahme ist weniger als Beispiel für Harm Reduction geeignet, da sie für spezielle Patientengruppen gilt.

Quelle: drogenbeauftragte.de, linksfraktion.de, bundesgesundheitsministerium.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 16.01.2017, 14.01.2017

Meldung: Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) warnte vor den gesundheitlichen Gefahren von Shishas. Huml verwies auf Erkenntnisse des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Das LGL hat 2011 seine Befunde in einem [Info-Blatt](#) zusammengefasst. Huml warnte bei dieser Gelegenheit: „E-Shishas und E-Zigaretten können der erste Schritt in Richtung Nikotinsucht sein. Außerdem können diese harmlos wirkenden Produkte gesundheitsschädigende Stoffe enthalten.“

Einordnung/Empfehlung: Huml bestätigt Skeptiker und besorgte Bürger in der Vermutung des Gateway-Effekts. Je mehr widersprüchliche Botschaften seitens der Politik und Fachcommunity kommuniziert werden, desto nachhaltiger die Verunsicherung beim Verbraucher. Es wird empfohlen, Entscheider und Multiplikatoren kontinuierlicher mit neuen Sachinforma-

tionen zu unterrichten. Hierzu kann ein Faktenpapier dienen, welches populäre Fehlannahmen über die E-Zigarette aufnimmt und die Sachlage erläutert. Es würde die Website ergänzen – und kann bei Bedarf auf die jeweilige Zielgruppe modifiziert werden.

Quelle: augsburger-allgemeine.de, proplanta.de, focus.de

Datum: 10.01.2017

Meldung: Die Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sieht „[...] in dem systematischen und gewollten Verdecken von Warnhinweisen einen Verstoß gegen § 11 Abs. 1 Nr. 4 TabakerzV“. Diese Auffassung werde nach Kenntnis der Behörde von fast allen Bundesländern geteilt. Auf Anfrage des „Forum Rauchfrei“ bestätigte die Senatsverwaltung, dass sie auch in dem Verkauf von Zigaretten über Automaten einen Verstoß gegen die Verordnung sehe. Das Forum geht seit Winter 2016 gegen Produktkarten im Handel vor (siehe Report 37, 36). Auch in [Österreich](#) machen Tabakgegner gegen Zigarettenautomaten mobil.

Einordnung/Empfehlung: Der DZV teilt diese Auffassung nicht. In Anbetracht der schrittweisen Anpassung der E-Zigarettenregulierung an die Tabakgesetzgebung, wäre dies mittelbar ein Thema für die E-Zigarette. Die Maßnahme begünstigt PMI mit seinen bekannten Marken. Bei einem Wegfall der Automaten als Verkaufskanal ist mit einem verschärften Wettbewerb in der Tabakbranche zu rechnen, der sich zumindest in Teilen auf die E-Zigarette übertragen würde. Siehe auch Abschnitt 2.1.

Quelle: forum-rauchfrei.de

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 23.01.2017

Meldung: Nach dem Willen der finnischen Regierung soll das Land bereits 2030 – nicht mehr wie 2010 geplant 2040 – tabakfrei sein. Erste Schritte sind unternommen: seit Jahresbeginn können Wohnbaugesellschaften das Rauchen auf Balkonen, Terrassen und Höfen verbieten. Mentholzigaretten und andere Geschmacksstoffe sind untersagt. Zudem wurden die Gebühren für Verkaufsstellen signifikant erhöht.

Einordnung/Empfehlung: Finnland hat mit früheren Maßnahmen die Raucherquote auf aktuell 17% gedrückt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die E-Zigarette von den neuen Maßnahmen betroffen sein wird. Das Mentholverbot bestätigt Regulierungsbefürworter hierzulande. Finnland setzt damit ein weiteres Signal für mehr Regulierung.

Laut einer [Erhebung der EU-Statistikbehörde](#) raucht etwa jeder Vierte Erwachsene in der EU. Der Raucheranteil ist in Schweden und UK – wo Alternativen wie Snus und die E-Zigarette stark vertreten sind – am geringsten.

Quelle: tageblatt.lu

Datum: 23.01.2017, 18.01.2017

Meldung: Die „Interessengemeinschaft E-Dampfen“ (ig-ed) hat sich beim EU-Bürgerbeauftragten über die laufende öffentliche Konsultation zur Besteuerung von Tabak und E-Zigaretten beschwert. Die ig-ed moniert, dass die Konsultation ausschließlich auf Englisch erfolge. Laut dem Büro des EU-Bürgerbeauftragten bleibt die Konsultation von diesem

Sachverhalt unberührt. Das ig-ed hat Interessierten eine Übersetzung vorbereitet. Die Organisation ruft dazu auf, an der Konsultation teilzunehmen.

Zeitgleich führt die E-Kommission eine [öffentliche Befragung](#) über die Schwerpunkte des laufenden EU-Gesundheitsprogramms durch. Hier geht es in einem kleinen Unterpunkt auch um Tabak. Die Befragung endet am 23.02.2017.

Derweil hat das Magazin des EU-Wissenschaftsprogramms „Horizon 2020“ die E-Zigarette in die Top 10 interessanter Fakten aus 2016 aufgenommen. Die Leistung der E-Zigarette beim Tabakstopp wird dabei kritisch hinterfragt.

Einordnung/Empfehlung: Es ist nicht ausgeschlossen, dass die neue EU-Tabaksteuer-richtlinie die Nutzung der E-Zigarette verteuern könnte. Die Überarbeitung soll noch 2017 abgeschlossen und dann vermutlich 2018 in Kraft treten. Experten vermuten, dass spätestens im kommenden Jahr eine Steuer auf E-Zigaretten bzw. Liquids erhoben wird, so der Blog [„arbeitskreis-krankenversicherungen.de“](#).

Quelle: ig-ed.org, tackshs.eu, horizon-magazine.eu

Datum: 20.01.2017, 19.01.2017, 13.01.2017

Meldung: Das tschechische Parlament hat nach jahrelangen Debatten ein völliges Rauchverbot in Bars und Gaststätten verabschiedet. Damit das Verbot zum 01.06.2017 in Kraft tritt, muss Präsident Milos Zeman die Novelle noch unterschreiben. Er hatte angekündigt, auf ein Veto zu verzichten. Zwar sorgten ein wachsendes Gesundheitsbewusstsein und Preiserhöhungen in den letzten Jahren für sinkende Raucherzahlen, jedoch hat sich der Anteil der Raucher bei Jugendlichen unter 16 Jahren seit 2012 fast verdoppelt.

Derweil plant das japanische Gesundheitsministerium Medienmeldungen zufolge eine Änderung des Gesetzes zur Gesundheitsförderung, wodurch möglicherweise das Rauchen in öffentlichen Räumen gänzlich verboten werden könnte.

Einordnung/Empfehlung: Die osteuropäischen Staaten und Japan – ein wichtiger Testmarkt der Tabakwirtschaft, galten bislang als tabakfreundlich. Ein Politikwechsel bietet Kritikern hierzulande weitere Anlässe, Druck auf die Bundes- und Landesebene auszuüben.

Quelle: tagesschau.de, derstandard.at, pharmazeutische-zeitung.de, derstandard.at

Datum: 20.01.2017, 18.01.2017

Meldung: Nachdem sich in Großbritannien einige Gesundheitsexperten für eine Lockerung der Konsumverbote für E-Zigaretten auf Krankenhausarealen ausgesprochen haben, plädieren auch irische E-Zigarettenverbände für einen solchen Schritt. Daneben fordert der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Verzicht zur Investition irischer Staatsgelder in die Tabakwirtschaft.

Währenddessen hat [Luxemburg](#) beschlossen, die Tabaksteuer zu erhöhen.

Einordnung/Empfehlung: Es bleibt abzuwarten, ob die irischen Institutionen sich zu einer Abkehr der bisherigen Regelungen entscheiden. Sollte dies der Fall sein, kann dies als weiteres Positivbeispiel für eine korrektive Vorgehensweise ggü. deutschen Stakeholdern angeführt werden.

Quelle: thetimes.co.uk, irishtimes.com

2.5. Fachcommunity

Datum: 24.01.2017

Meldung: DKFZ, BfR und Uniklinik Hamburg äußern sich im NDR kritisch ggü. der E-Zigarette. Die Einrichtungen warnen u.a. für möglichen Gesundheitsschäden durch die verdampften Inhaltsstoffe, bis hin zum Krebsrisiko. Im Fokus der Kritik steht das Propylenglykol; Prof. Dr. Rainer Thomasius (UKE Hamburg) zieht dabei einen Vergleich zur Tabakzigarette. Das DKFZ weist ferner auf das Suchtpotenzial. Dr. Hans Klose (UKE) betont das erhöhte Gesundheitsrisiko bei E-Zigaretten mit größerer Leistung. Der Bericht stellt die E-Zigarette als „kleineres Übel im Vergleich zu Tabak“ dar. Der Beitrag zeigt u.a. Liquids von Innocigs.

Einordnung/Empfehlung: Mit den Statements setzt das Uniklinikum einen gewissen Kontarpunkt zur [Studie](#) des Zentrums für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg (Report 32), welches sich positiv zur E-Zigarette äußerte. Die uneinheitliche Bewertung der E-Zigarette in der Wissenschaft verunsichert nicht nur Konsumenten, sondern motiviert auch den Regulierer zu einer konservativen Regulierung (Vorsorgeprinzip). Es wird empfohlen, erweitert Stakeholder und Multiplikatoren zur E-Zigarette zu informieren.

Quelle: ndr.de

Datum: 23.01.2017

Meldung: Einem Team um den nikotinkritischen Prof. Stanton Glantz (University of California San Francisco) zufolge hat die Einführung der E-Zigarette keine positiven Auswirkungen auf die Raucherquote. 2014 sei die Quote der parallelen Konsums von Tabak- und E-Zigarette („dual use“) bei Heranwachsenden größer als die Raucherquote 2009 allein. Die Autoren kommen zum Schluss, dass die meisten der Heranwachsenden ohne die E-Zigarette wohl nicht mit dem Tabak-Konsum angefangen hätten. Andererseits gibt die Studie insgesamt keine Hinweise darauf, dass durch die E-Zigarette mehr junge Menschen rauchen. Trotzdem fordern die Forscher Gegenmaßnahmen wie Konsumverbote, Besteuerung und Aufnahme in Präventionskampagnen.

Derweil hat Prof. Stöver (Frankfurt University of Applied Sciences) ein ausgeglichenes Interview für die E-Zigarette gegeben. Dort ordnet er sie in Bezug auf Tabak ein und weist auf die seiner Meinung nach bestehenden Versäumnisse in Politik und Gesundheitsinstitutionen hin (z.B. mangelnde Aufklärung). Die Gateway-These sieht Stöver nicht bestätigt. Er fordert ein Umdenken in der Tabakpolitik und zeigt Möglichkeiten der Tabakregulierung auf: z.B. Werbeverbot, Nichtrauchererschutz, Tabaksteuererhöhungen, Verbot von Zigarettenautomaten.

Einordnung/Empfehlung: Damit wird erneut die Gateway-These postuliert und die E-Zigarette Tabak gleichgesetzt. Glantz ist ein entschiedener Tabak-/Nikotingegner, dessen Arbeit jedoch nicht unumstritten ist. Kritik an Glantz Daten-Auslegungen und Studien-Designs kommt z.B. des Öfteren von [Prof. Siegel](#) (Boston University), einem E-Zigarettenfachmann. Es wird empfohlen sich an der Auseinandersetzung derlei Studien nicht proaktiv zu beteiligen und bei Anfrage auf die Einhaltung des Verkaufsverbotes an Minderjährige hinzuweisen. Die Studie wird in deutschen populärwissenschaftlichen Medien thematisiert.

Stövers Interview bildet einen gewissen Gegenpol zu Glantz' Studie. Es eignet sich für die externe Kommunikation – von einem Hinweis im Blog bis hin zu 1 zu 1-Gesprächen.

Quelle: eurekalert.org, pediatrics.aappublications.org, aap.org, spektrum.de, sueddeutsche.de

Datum: 20.01.2017, 19.01.2017

Meldung: Forscher der University of Victoria um Marjorie MacDonald haben eine Metastudie zur E-Zigaretten erstellt. Das stellte eine deutliche Risikoreduzierung durch die E-Zigarette im Vergleich zu Tabak fest – für die Konsumenten selbst sowie für Außenstehende durch Passivdampf/-rauch. 61 der 79 Schadstoffe des Tabakrauches träten im Dampf nicht auf – darunter die risikoreichsten Inhaltsstoffe des Tabakrauches. Die Befürchtungen über den Gateway-Effekt seien ungerechtfertigt, so die Forscher. Vielmehr fanden die Autoren Hinweise, dass die E-Zigarette wirksam beim Tabakstopp unterstützen kann, verwiesen aber auf die geringe Datenbasis. Sie stellten zudem kritisch fest, dass die Öffentlichkeit ungenügend über die E-Zigarette aufgeklärt sei.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie bietet sich mit Blick auf die geplante Veranstaltung mit Abgeordneten sowie kommende Stakeholdergespräche als Hintergrundmaterial an. Sie widerlegt Thesen der Kritiker und eignet sich zur externen Kommunikation via Blog oder Medienansprache. Die Verweise auf das geringere Risiko durch Passivdampf sowie der Vergleich mit der Schadstoffbelastung von Tabak-Zigaretten bieten einen Ansatz bei zu erwartenden Debatten um den Nichtraucherschutz und schaffen zudem eine Basis für eine weitere Distanzierung ggü. der Tabakbranche.

Quelle: uvic.ca, timescolonist.com, cbc.ca

Datum: 25.01.2017, 16.01.2017, 14.01.2017, 12.01.2017

Meldung: Laut einer Studie von Dr. Andrea King (Chicago University) und Kollegen fördern E-Zigaretten den Wunsch zum Tabakkonsum. Der Anblick von E-Zigaretten/Dampfern würde bei jungen Rauchern wie der Anblick von Tabak-Zigaretten/Rauchern den Wunsch zum Tabakrauchen befördern. Die Autoren sehen – bei einer Validierung durch andere Tests – ein Indiz, dass E-Zigaretten zum Rauchen verleiten (können).

Derweil hebt die „American Lung Association“ in ihrem [neuesten Bericht zur Tabakkontrolle](#) den E-Zigarettenkonsum durch Heranwachsende kritisch hervor.

Einordnung/Empfehlung: Die Chicagoer Autoren stellen eine Verbindung zur Gateway-These her. Jedoch bleibt anzumerken, dass die Versuchspersonen Raucher waren. Die Probanden waren also Nikotinkonsumenten, bei denen der Trigger zum Konsum anders zu bewerten ist als bei Nichtrauchern. Es wird empfohlen, nur auf Anfrage auf die begrenzte Aussagekraft der Studie hinzuweisen. Eine aktive Kritik an der Studie würde eher das Augenmerk auf die zugespitzten Ergebnisse lenken als auf die Schwachstellen.

Quelle: academic.oup.com, medpagetoday.com, business-standard.com, sueddeutsche.de

Datum: 13.01.2017

Meldung: Prof. Najat Saliba und sein Team von der American University Beirut analysierten Liquids auf Ihre Schädlichkeit. Laut den Forschern würden sich Inhaltsstoffe durch den Verdampfungsprozess verändern und schädigende Wirkung erlangen. Als Beispiel führen die Autoren Süßungsstoffe an, die gesundheitsschädliche Furan-Verbindungen bilden könnten.

Einordnung/Empfehlung: Süße Geschmacksrichtungen stehen ihrer vermeidlichen Attraktivität für Heranwachsende in der Kritik. Die Studie gibt Kritikern einen weiteren Ansatz gegen solche Liquids zu argumentieren.

Quelle: nna-leb.gov.lb

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 20.01.2017

Meldung: Dr. Ute Mons (DKFZ) fordert erneut die Einführung des Tabakwerbeverbotes. Sie befürchtet, dass der Gesetzentwurf vor der Sommerpause und damit in dieser Legislaturperiode nicht mehr auf die Tagesordnung kommt und kritisiert dafür die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie befürwortet Rauchverbote zur Senkung der Raucherquote. Die E-Zigarettenregulierung behandelt sie im Interview objektiv.

Ihre Kollegin Dr. Katrin Schaller fordert in einem Artikel die wirksame Regulierung der E-Zigarette, damit diese für die Gesellschaft einen größeren Nutzen als Schaden entwickeln könne. Die Regulierung solle den E-Zigaretten-Konsum für junge Nichtraucher unattraktiv und für Raucher als weniger schädliche Alternative und Mittel zum Rauchstopp attraktiv machen. In Deutschland sei der Probierkonsum bei Heranwachsenden zwar besonders hoch, jedoch ein regelmäßiger Konsum eher selten – zumal Heranwachsende eher nikotinfreie Produkte bevorzugten. Einen vollständigen Umstieg von Tabak auf E-Zigarette sieht sie laut dem Artikel nicht belegt. Die Studienlage deute eher darauf hin, „dass der duale Konsum mit zweifelhaftem gesundheitlichem Vorteil“ vorherrsche. Schaller konstatiert eine Belastung von Nichtrauchern ähnlich der Tabak-Zigarette, wenn mehrere E-Zigaretten im Raum konsumiert würden.

Einordnung/Empfehlung: Das DKFZ bleibt seinem Kurs treu, mildert aber die Tonalität. Zwar erscheint Schallers Artikel in Teilen ausgeglichen, die Schlussfolgerungen sind jedoch weiterhin kritisch ggü. der E-Zigarette. Der alarmistische Ton von Dr. Pötschke-Langer fehlt – was jedoch auch dem Medium (Fachblatt) und der Persönlichkeit geschuldet ist. Dagegen wartet der Blog arbeitskreis-krankensversicherungen.de mit einem [ausgewogenen Beitrag](#) auf, der von egarage.de kommentiert wurde. Es wird empfohlen, die Äußerungen des DKFZ weiter zu beobachten, um eine mögliche Trendwende zu identifizieren.

Quelle: rnz.de, aerzteblatt.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 22.01.2017, 21.01.2017, 18.01.2017, 17.01.2017, 13.01.2017

Meldung: BAT übernimmt den US-Hersteller Reynolds American komplett. BAT hält bereits 42,2% an Reynolds und zahlt für die übrigen Anteile 46,5 Mrd. €. Mit dem Zukauf erhält BAT auch Zugriff auf das starke E-Zigaretten-geschäft von Reynolds, das auch Heated Tobacco und Nikotinkaugummi herstellt. Die Aktionäre beider Firmen müssen noch zustimmen, außerdem müssen Kartellbehörden in den USA und Japan das Vorhaben freigeben. Der neue Konzern wird nach Umsatz und Gewinn der größte börsennotierte Tabakkonzern der Welt sein. Nach verkauften Zigaretten bleibt BAT aber auch nach der Komplettübernahme von Reynolds nur die Nummer drei hinter dem Staatsunternehmen China National Tobacco Corporation und PMI. BAT hatte sich vor 12 Jahren aus den US-Geschäft zurückgezogen und nimmt nun eine Kehrtwende vor.

Derweil wehrt sich PMI gegen [Pläne der indischen Regierung](#), Investitionen – und damit den Handlungsspielraum – ausländischer Tabakfirmen zurückzudrängen. Zudem hat PMI [Prob-](#)

[leme beim Launch von iQOS](#) in Neuseeland, da laut dessen Regierung das Produkt unter das Verbot für „orale“ Tabakprodukte fällt.

Einordnung/Empfehlung: Analysten sehen nun Imperial unter Zugzwang und vermuten eine engere Kooperation mit JTI. Imperial weitet derzeit sein Netzwerk in Asien aus. Weiterhin [spekulieren Beobachter](#) auf eine Fusion von PMI, das gerade sein Zigarrengeschäft mit einer Übernahme ausbaute, mit Altria (siehe Report 33). BAT und Reynolds betonten u.a. die durch die Fusion realisierbaren Möglichkeiten bei E-Zigaretten und Beobachter gehen davon aus, dass zudem Heated Tobacco stärker in den Fokus geraten wird. In beiden Segmenten ist mit verstärkten Aktivitäten der Tabakfirmen auszugehen. Dr. Marciej Goniewicz vom „Roswell Park Cancer Institute“ in Buffalo (USA) zufolge wird das Gewicht der Tabakbranche bei Alternativprodukten noch zunehmen.

BAT würde Analysten zufolge von der Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten Trump (Steuererleichterungen) und dem Brexit (Wechselkurse) profitieren können, was die Ausgangslage noch verstärken kann.

Tabakunternehmen puffern mit Fusionen den Handlungsdruck durch mehr Regulierung in den Industriestaaten und das Absatzrückgänge (alle Märkte außer Afrika und Mittlerer Osten) ab. Die USA gelten zudem weiter als der lukrativste Tabakmarkt nach China. Nach der Konsolidierungswelle bei Tabak erscheint eine Ausweitung im Geschäft mit Alternativprodukten in Ostasien (Testmarkt Japan), USA und Europa realistisch. Sie gelten als Wachstumsmärkte bei Tabakalternativen.

Quelle: bat.com, handelsblatt.com, wiwo.de, wz.de, handelsblatt.com, forbes.com, standard.co.uk, ecigintelligence.com, n-tv.de, phnompenhpost.com, tobaccojournal.com, economist.com, fr-online.de, seekingalpha.com

3. Termine

 Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
30.01.- 01.2017	Tax Stamp Forum (u.a. zu Track & Trace)	Reconnaissance	Berlin	reconnaissance.net
31.01.2017	Festlicher Abend der Deutschen In- dustrie 2017	BDI	Berlin	bdi.eu
01.02.2017	Gespräch zur Be- steuerung von E- Zigaretten	EU-Kommission	Berlin	-
10.02.2017	Erste Plenumssit- zung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
12.02.2017	Wahl des Bundes- präsidenten	Bundesversammlung	Berlin	bundestag.de
13.- 17.02.2017	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
14.02.2017	Geplanter MdB- Abend	BfTG	Berlin	-
14./15.02.2017	Wirtschaftstag der Innovationen	Wirtschaftsrat der CDU	Berlin	wti2017.de
16.02.2017	Ablauf Frist Stel- lungnahme Beste- uerung von E- Zigaretten und Ta- bakprodukten	EU-Kommission	Brüssel	ec.europa.eu
23.02.2017	TJI Campus (zu TPD2)	Tobacco Journal International	Mainz	tji-campus.com
23.02.2017	Umfrage EU- Gesundheitspolitik	EU-Kommission	EU-weit	ec.europa.eu
31.05.2017	Weltnichtrauchertag	WHO	weltweit	who.int

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.